

Helga Becker

Blick in den Abgrund

Die Hyperinflation vor 100 Jahren



Der großen deutschen Begeisterung beim Beginn des Ersten Weltkriegs folgte die große Ernüchterung nach dessen Ende. Die Kämpfe hatten nicht nur 2 Millionen deutsche Soldaten das Leben gekostet (weltweit starben ca. 17 Millionen Menschen), sondern auch das Land wirtschaftlich und finanziell ruiniert. Der Plan der deutschen Reichsleitung den Krieg zu gewinnen und den Gegner dann die Kosten zahlen zu lassen, ging nicht auf. Das Gegenteil trat ein: die alliierten Gegner hatten gewonnen und Deutschland musste im Friedensvertrag von Versailles den enormen Schadensersatzforderungen zustimmen. Damit taumelte das Land in den Abgrund.



Steinheim im Jahr 1921

Rückblick

Die deutsche Währung war mit Gründung der Reichsbank 1876 auf ein stabiles Fundament gestellt worden, denn sie war mit Gold gedeckt und wurde daher als Goldmark bezeichnet. Die Bürger konnten ihre Banknoten jederzeit in die entsprechende Menge Gold umtauschen. Zu diesem Zweck war ein Drittel des im Umlauf befindlichen Bargeldes bei der Reichsbank in Form von Gold hinterlegt. Zu zwei Dritteln bestand die Deckung aus Handelswechseln. Deren Wert konnte im Gegensatz zu Gold zwar schwanken, doch sie bezogen sich ebenfalls auf reale Güter, nämlich produzierte Waren.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts wuchs die deutsche Wirtschaft rasant an, es wurden mehr Waren benötigt, die mit einer größeren Geldmenge gehandelt werden mussten. Durch die Absicherung mit Handelswechseln konnte die benötigte Bargeldmenge mit dem Wirtschaftswachstum zunächst Schritt halten, zumal auch die Goldmenge, die die Reichsbank vorhielt, erhöht wurde. Doch die enormen Kosten, die schon bei Kriegsausbruch für Soldaten, Material und Transport entstanden waren und in den folgenden Jahren explodierten, waren nun nicht mehr abzuschern.

Im Fiskaljahr April 1913 bis März 1914 hatte das Deutsche Reich drei Milliarden Mark ausgegeben. Im darauffolgenden Jahr bereits neun Milliarden. Grund dafür waren die Kosten für die Mobilmachung, die bereitgestellt werden mussten, noch bevor der Krieg begonnen hatte. Im ersten Kriegsjahr stiegen die Kosten auf 28, im zweiten auf 52 Millionen Mark. Erst 1918/1919 gingen die Kosten wieder auf 44 Milliarden zurück. Der geringste Teil dieser Kosten konnte durch Steuern erhoben werden. Am 4. August 1914 beschloss der Reichstag daher die sogenannten Währungsgesetze. Sie traten schon 10 Tage später in Kraft und brachten drei wesentliche Neuerungen. Punkt eins: Die Pflicht der Notenbank, Banknoten jederzeit in Gold umtauschen zu können, wurde aufgehoben. Die Bindung der Währung an Gold war damit außer Kraft gesetzt. Zweitens durfte die Reichsbank neben den Handelswechseln der privaten Wirtschaft nun auch Schatzanweisungen und Schatzwechsel, also Schuldscheine des Staates, zur Deckung entgegennehmen und die entsprechende Menge an Geld ausgeben. Und zum Dritten wurden

über einhundert sogenannte Darlehenskassen gegründet, die die Finanzierung von Wirtschaft, Bundesstaaten und Kommunen übernehmen sollten, während sich die Reichsbank auf die Finanzierung des Staates konzentrierte. Mit den sogenannten Darlehenskassenscheinen wurde ein zweiter Geldkreislauf geschaffen. Sie konnten wie normale Geldscheine benutzt werden und waren damit den Reichsbanknoten gleichgestellt.

Um Geld für die Kriegskosten zu beschaffen, legte das Reich Kriegsanleihen auf. Die Bürger sollten ihr Ersparnis abgeben und dafür verzinsten Schuldscheine erhalten. Die in Umlauf gebrachte Geldmenge blieb dadurch gleich. Bei einem versprochenen Zinssatz bis 1924 von 5 % war die Nachfrage groß. Doch je länger der Krieg dauerte, desto stärker wuchs der Zweifel am deutschen Sieg. Schon 1916 konnten die angepeilten Emissionsbeträge nicht mehr erreicht werden. Nun hinterlegten immer mehr Deutsche ihre Kriegsanleihen bei den Darlehenskassen, um bei diesen dafür Kredite aufzunehmen. Weil diese in Darlehenskassenscheinen ausbezahlt wurden, verdoppelte

sich die Geldmenge quasi über Nacht. Schon Ende 1916 waren 1,1 Milliarden Mark an Krediten (32 % aller Kredite), die die Darlehenskassen ausgegeben hatten, durch Kriegsanleihen gedeckt. Damit waren auch 1,1 Milliarden Mark an zusätzlichem Geld in Umlauf gebracht worden. Bei den verantwortlichen Stellen erkannte man das Risiko zwar, ging jedoch davon aus, dass es sich um eine kurze Übergangsphase handelte, um einen Überbrückungskredit bis zum Sieg.

Wie groß der Wertverlust der Mark tatsächlich war, konnte am Devisenmarkt abgelesen werden. Hatte der Dollar seit 1871 vierzig Jahre lang unverändert 4,20 Mark gekostet, war der Kurs 1916 auf 5,63 Mark und bis Ende 1918 auf 7,50 Mark angestiegen. Die Mark hatte also innerhalb von vier Jahren fast die Hälfte ihres Wertes verloren.

Der Mann auf der Straße konnte diese Entwicklung zunächst nur schwer absehen, weil die zunehmende Geldentwertung dadurch verschleiert wurde, dass der Lebensmittelmarkt durch die per Gesetz eingeführten Preishöchstgrenzen relativ lang stabil geblieben war. Wer die Preisgrenzen missachtete, konnte mit hohen Strafen belegt werden.

Der Taumel beginnt

Das eigentliche Übel begann jedoch erst, als Deutschland 1918 kapitulieren musste. Bis zum Waffenstillstand am 11. November hatten weltweit 17 Millionen Menschen ihr Leben verloren.

Die Kosten des Krieges wurden auf 164 Milliarden Mark beziffert, während die Wirtschaftsleistung um ein Drittel geschrumpft war. Die Verschuldung lag bei ca. 200 % des Bruttoinlandsproduktes. Gleichzeitig hatte sich der Geldumlauf von 6,5 Milliarden Mark unmittelbar vor Kriegsbeginn auf über 33 Milliarden Mark erhöht. Und ab Frühjahr 1919 wurden die Preishöchstgrenzen für Lebensmittel allmählich freigegeben. Die Preise erlebten große Schwankungen mit deutlicher Tendenz zum Anstieg.

Dennoch wäre die hohe Schuldenlast bei gutem wirtschaftlichem Wachstum nach dem Krieg zu stemmen gewesen. Erst recht bei einer starken Inflation, denn dadurch reduzierten sich die Staatschulden quasi von selbst. Doch das große Problem waren die Gebietsabtretungen und die hohen Reparationszahlungen, die die Siegermächte von Deutschland verlangten.



Deutschland verlor mit den Abtretungen rund 13 % seiner Fläche (Elsass-Lothringen, Provinz Posen, Nordschleswig, Saargebiet) und 10 Prozent seiner Bevölkerung (6,5 Mill. Menschen). Das bedeutete auch einen Verlust von 75 % des deutschen Eisenerzvorkommens, 68 % des Zink- und 26 % des Steinkohlevorkommens. Auch 90 % der Handelsflotte musste abgetreten werden. Wenigstens gab es mit dem Ruhrgebiet noch ein wichtiges schwerindustrielles Zentrum, das dem Reich geblieben war.

Die größte Belastung ergab sich jedoch aus dem Versailler Vertrag, bei dessen Unterzeichnung Deutschland die Alleinschuld am Krieg anerkannte und damit auch die Pflicht zur Wiedergutmachung aller Verluste und Schäden, die den alliierten und assoziierten Regierungen und deren Staatsbürgern

entstanden sind. Reparationszahlungen an sich waren nichts Ungewöhnliches. 1871 hatte Deutschland Frankreich nach dem deutschen Sieg Zahlungen auferlegt. Zu Beginn des ersten Weltkriegs hatte Deutschland wieder mit einem Sieg gerechnet, sich aber buchstäblich verrechnet. Denn im Versailler Vertrag wurde zunächst eine Abschlagszahlung von 20 Milliarden Goldmark gefordert. Das entsprach 7168 Tonnen Gold – und damit dem Fünffachen dessen, was Frankreich 1871 an Deutschland gezahlt hatte. Die endgültige Summe wurde im Juni 1920 auf die extrem hohe Summe von 269 Milliarden Goldmark festgelegt, umgerechnet 96.415 Tonnen Gold. Diese Summe sollte innerhalb von 42 Jahren beglichen werden. Beginnend mit 3 Milliarden pro Jahr, dann ansteigend auf 7 Milliarden.



Kinder spielen mit wertlosem Papiergeld (akg-images)

Nach zähen Verhandlungen lag der sogenannte Londoner Zahlungsplan fest, der die Zahlungen auf 132 statt 269 Milliarden Goldmark reduzierte. Diesem Vorschlag sollte Deutschland jedoch innerhalb von 10 Tagen zustimmen, ansonsten würde das Ruhrgebiet besetzt, wohlwissend, dass Deutschlands Wirtschaft von dieser Region abhängig war. Im August 1921 bezahlte Deutschland die erste Rate der Reparationen in Höhe von 1 Milliarde Goldmark. Mittlerweile war der Etat jedoch aus dem Ruder gelaufen. 1920 war nur etwa ein Drittel des Reichshaushaltes durch Einnahmen wie Steuern, Zölle und Abgaben gedeckt. Der Rest musste über Kredite finanziert werden. Im Frühjahr 1921 hatte Deutschland 264 Milliarden Mark an Schulden angehäuft. Die Reichsbank versuchte, den Zahlungsverpflichtungen durch den Druck weiteren Geldes nachzukommen, setzte damit jedoch eine Spirale in Gang, die nicht mehr zu bremsen war. Zwischen Mai und September 1921 halbierte sich der Geldwert, die Lebenshaltungskosten stiegen im ersten Halbjahr 1921 um 50 Prozent. Eklatante Lohnsprünge waren die Folge und damit weitere Preis-erhöhungen bei den Lebensmitteln. Anfang 1922 hatte 1 Dollar noch 191 Mark gekostet, im Juni waren es 317 Mark. Hatten sich die Preise im ersten Halbjahr etwa verdoppelt, so stiegen sie in der zweiten Hälfte um das Sechzehnfache. Im August war mit der Inflationsrate von 50 % die Hyperinflation erreicht. Mit der französischen Besetzung des Ruhrgebiets 1923 begann der Sturz in den finanziellen Abgrund. Die desolante Lage, in die die Bevölkerung im Ruhrgebiet mit der Besetzung gestürzt wurde, sollte mit Sammelaktionen im restlichen Staatsgebiet gebessert werden. Auch im Bottwartal beteiligten sich zahlreiche Spender mit zum Teil erstaunlichen Geldbeträgen, die jedoch ebenfalls dem Wertverlust der Mark geschuldet waren.



Gaben für das Ruhrgebiet

Auswirkungen in unserer Region

Wie sich die drastische Geldentwertung bei uns im Bottwartal auf das tägliche Leben auswirkte, zeigen Berichte aus dem Postillon, dem Vorgänger der Marbacher Zeitung, aus dem Jahr 1923. Bereits im Februar 1923 wird dort vermerkt, dass sich die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten von Dezember 1922 auf Januar 1923 nahezu verdoppelt haben.

Ein Preisvergleich von Februar und März 1923 zeigt die unkontrollierbar steigenden Preise innerhalb von vier Wochen:

24.2.1923 24.3.1923

1 Pfund Kristallzucker	670 Mark	1340 Mark
1 Pfund Sandzucker	690 Mark	1370 Mark
1 Pfund Würfelzucker	710 Mark	1390 Mark
1 Pfund Hutzucker	695 Mark	1390 Mark

(ohne Verpackung)

Am 12.3.1923 wird unter der Rubrik ‚Buntes Allerlei‘ berichtet: „In Ettenheim in Baden hat ein Einwohner aus dem Erlös eines Hahnes die auf seinem Haus ruhende Schuld gefilgt.“

Am 30.04.1923 ist zu lesen: „Das neue Hartgeld. Der Reichsrat stimmte bei Vorlage über die Ausprägung von 90 Milliarden Mk. in 500 Mark-Stücken aus Aluminium und der Vorlage über die Ausprägung von weiteren 60 Milliarden in 20 Mark-Stücken aus Aluminium zu.“

Am 3. September 1923 werden die Brotpreise wie folgt angegeben:

1 Kilo Schwarzbrot	700 000 Mk
1 Kilo Weißbrot	850 000 Mk
1 Brötchen	40 000 Mk
1 Liter Milch	380 000 Mk

Ein Ei kostete am 5. September 250 000 Mark.

Auch in anderen Bereichen nehmen die Preise haarsträubende Ausmaße an, wie eine Veröffentlichung vom 19.09.1923 zeigt: „Das teure Sterben. Die Gebühren für eine Erd- und Feuerbestattung beträgt in der Regel 90 Millionen Mk., die ermäßigte Gebühr 75 Millionen Mk, wozu noch die Kosten des Sarges und der Leichenüberführung im Kraftwagen kommen.“



Kuriose Preisangaben

Am 06.10.1923 kostet in Stuttgart die billigste Straßenbahnfahrt 10 Millionen. Nur eine knappe Woche später 20 Millionen Mark. Der Gaspreis wurde auf 10 Millionen Mark für den m³, der Strompreis auf 25 Millionen das KW erhöht.

Innerhalb weniger Tage steigen die Fleischpreise auf schwindelerregende Höhen:

	Preis am 12.10.1923	Preis am 18.10.1923
1 Pfund Schweinefleisch	120 Mio. Mark	1,200 Mrd. Mark
1 Pfund Kuhfleisch	100 Mio. Mark	370 Mio. Mark
1 Pfund Kalbfleisch	100 Mio. Mark	480 Mio. Mark
1 Pfund Hammelfleisch	150 Mio. Mark	750 Mio. Mark
1 Pfund Schafffleisch	80 – 110 Mio. Mark	550 – 650 Mio. Mark

Die Entwicklung der Portogebühren für einen Brief ist ebenfalls sehr interessant: 01.11. 40 Millionen Mark, am



Inflationsgeld

05.11. 500 Millionen, am 23.11. **10 Milliarden** Mark. Am 03.12., nach Einführung der Rentenmark nur noch **5 Rentenpfennig**.

Aus den Gemeinderatsprotokollen in Höpfigheim kann eine überraschende Gehaltssteigerung abgelesen werden. So werden in Höpfigheim die Gehälter des Feld- und Waldschützen Sperr und des Amtsdieners Spät von 26. Juni bis 8. November 1923 in verschiedenen Stufen von 43 000 Mark auf 92 000 000 000 Mark pro Monat erhöht. Vor dem Krieg betrug das Gehalt 25 Mark. Am 20. Dezember 1923, also nach Ende der Hyperinflation, wurde das Gehalt wieder auf 12,15 Mark festgelegt.

Das Ende

Zwischen 1. August und 1. September 1923 hatte sich der Dollarkurs von 1,1 auf 10,3 Millionen Mark etwa verzehnfacht. Bis 1. Oktober stieg er auf 242 Millionen, also ca. das 24-Fache an. Nach weiteren vier Wochen, am 1. November verzeichnete man 130 Milliarden, also das 537-Fache. Deshalb arbeitete die deutsche Regierung bereits seit Oktober 1923 an einer neuen Währung.

Konnten sich die Menschen auf dem Land durch Selbstversorgung noch einigermaßen über Wasser halten, so wurden die Zustände in den Städten prekär. Im Spätherbst 1923 hatte die Inflation nicht nur die Ersparnisse der Mittelschicht zerstört, sondern auch die Arbeitslosenzahlen extrem steigen lassen. Immer mehr Menschen hungerten, Krankheiten breiteten sich aus. Andererseits flüchteten sich die Menschen in Drogen und Alkohol. Tanzlokale und Nachtbars hatten ebenso Hochkonjunktur wie vermeintliche Heilsbringer und Propheten. Viele Menschen



kämpften ums nackte Überleben. Der bevorstehende Winter ließ die stärksten Befürchtungen aufkommen. Die Regierung musste handeln.

Unter Reichskanzler Stresemann wird am 13. Oktober 1923 das Ermächtigungsgesetz verabschiedet und dringende Reformen und Maßnahmen eingeleitet. Eine neue Währung war oberstes Gebot. Mit der am 15. November 1923 eingeführten Rentenmark wurde auch die Notenpresse gestoppt und dem unkontrollierbaren Geldumlauf Einhalt geboten. Aus einer Billion Mark wurde eine Rentenmark und diese entsprach wieder dem Kurs der alten Goldmark (1 Dollar = 4,20 Goldmark). Die Staatsschulden reduzierten sich von bis dahin aufgelaufenen 191,6 **Trillionen** Mark auf 191,6 **Millionen** Rentenmark. Die Inflation kam schlagartig zum Stillstand. Damit wurde die Rentenmark eine Erfolgsgeschichte. Das hatte sicherlich auch psychologische Hintergründe, denn die Menschen fassten vor allem deshalb Vertrauen in die neue Währung, weil sie dem Wert der Goldmark entsprach.

Unter amerikanischem Vorsitz kamen im Frühjahr die alliierten Mächte zu-

sammen, um über die finanzielle Lage Deutschlands zu beraten und die weiteren Reparationszahlungen festzulegen. Der amerikanische Politiker Charles G. Dawes legte hierzu einen Plan vor, der unter anderem vorsah, dass die Deutsche Reichsbank reorganisiert werden und eine neue, einheitliche Währung geschaffen werden sollte. Aus der Rentenmark wurde nun die Reichsmark, die wieder auf Gold basieren sollte und im Oktober 1924 in Umlauf kam. Eine Reichsmark entsprach 0,358 Gramm Feingold, wie zu Zeiten der Mark vor dem Krieg. Mit der Ausgabe der neuen Scheine am 11. Oktober 1924 verloren alle vorher ausgegebenen Banknoten ihre Gültigkeit, sie konnten jedoch noch bis 5. Juni 1925 bei der Reichsbank umgetauscht werden. Den größten Gewinn aus der Hyperinflation konnte der Staat selbst verzeichnen, denn die Schulden waren größtenteils verschwunden. Die Kriegsdarlehen in Höhe von 154 Milliarden Mark waren auf 15,4 Pfennig geschrumpft und die Staatsfinanzen saniert. Bei der Bevölkerung hatte die Hyperinflation allerdings dazu geführt, dass der Lebensstandard des gesamten Volkes um 30 bis 40 % gesunken und die Arbeitslosenzahl im Verlauf des Jahres 1923 auf 9,6 % gestiegen ist. Jene, die reale Güter oder Aktien besaßen, zählten zu den Gewinnern, die Sparer hatten das Nachsehen. Am Besten meisterten Landwirte die Situation, denn ihre Produkte fanden immer zu aktuellen Preisen Absatz. Alles in allem war wieder Ruhe eingekehrt, aber Deutschland steuerte auf die nächste Wirtschaftskrise zu, die das Land 1929 erfassen sollte und den Boden bereite für die dunklen Jahre vor und während des zweiten Weltkriegs.



Quellen:

Stadearchiv Steinheim / Frank Stocker: Die Inflation von 1923 / Postillion 1923